



HESSISCHER LANDTAG

30. 04. 2024

RTA

Dringlicher Berichts Antrag

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Überlastung der hessischen Staatsanwaltschaften

Die Hessenschau hat am 28. April 2024 darüber berichtet, dass es nach den Erkenntnissen des Deutschen Richterbunds bei den Hessischen Staatsanwaltschaften im Jahr 2023 mehr als 100.000 unerledigte Fälle gegeben habe. Sowohl die Zahl der unerledigten Fälle als auch die Zahl der Neueingänge sei seit dem Jahr 2021 deutlich gestiegen. Der Deutsche Richterbund konstatiert mit Blick auf diese Zahlen, dass eine personell ausgezehrte Strafjustiz mit der Entwicklung immer schlechter Schritt halten könne.

Die Landesregierung wird ersucht, im Rechtspolitischen Ausschuss (RTA) über folgenden Gegenstand zu berichten:

1. Wie viele Planstellen für Staatsanwältinnen und Staatsanwälte gab es in Hessen am 31.12.2021, am 31.12.2022, am 31.12.2023 und am 31.03.2024?
2. Wie viele Planstellen waren jeweils zu diesen Stichtagen besetzt (Angabe bitte in Vollzeitäquivalenten)?
3. Wie hoch war, unter Zugrundelegung des Personalbedarfsinformationssystems (Pebb§y), die Belastung aller hessischen Staatsanwaltschaften an den unter Frage 1 genannten Stichtagen?
4. Wie hoch war an den unter Frage 1 genannten Stichtagen jeweils die Belastung der einzelnen hessischen Staatsanwaltschaften?
5. Wie lang war die durchschnittliche Verfahrensdauer in den Jahren 2021, 2022, 2023 und im ersten Quartal 2024 bei den hessischen Staatsanwaltschaften?
6. Wie hoch war in den in Frage 5 genannten Zeiträumen jeweils der Anteil der Verfahren, die zur Anklage gebracht wurden, die im Strafbefehlsverfahren abschließend entschieden wurden, die nach §§ 153, 153a StPO eingestellt wurden und die nach § 170 Abs. 2 StPO eingestellt wurden?
7. Wie viele Staatsanwältinnen und Staatsanwälte arbeiteten zu den in Frage 1 genannten Zeitpunkten in der Zentralstelle zur Bekämpfung der Internet- und Computerkriminalität (ZIT)?
8. Welcher Arbeitsaufwand in Minuten (Basiszahl) wird für staatsanwaltschaftliche Ermittlungsverfahren angesetzt, die von der Meldestelle HessenGegenHetze an die Staatsanwaltschaft weitergeleitet werden?
9. Wie hoch ist die durchschnittliche Basiszahl bei der hessischen Staatsanwaltschaft?

Wiesbaden, 30. April 2024

Die Parlamentarische Geschäftsführerin:
Miriam Dahlke